

Zukunft des akademischen Mittelbaus: Herausforderungen und Perspektiven

Das zentrale Element der Schweizerischen Hochschulstruktur sind die Professuren, welche einen grossen Teil der Macht und der Ressourcen binden und im System insgesamt dominant sind. Diese Überstruktur sieht sich zunehmend mit Forderungen konfrontiert des akademischen Mittelbaus, zu dem wir alle Hochschulangestellten mit einer Lehr- und/oder Forschungstätigkeit zählen. Dieser Bericht beinhaltet einen Überblick über die aktuelle Situation und kommentiert die Debatten aus der Sicht der Dozierenden.

Die prekären Anstellungsbedingungen: Eine komplexe Situation

Der überwiegende Teil des wissenschaftlichen Personals, etwa 80% oder rund 40.000 der Wissenschaftler:innen, gehören dem akademischen Mittelbau an. Diese Gruppe ist größtenteils befristet angestellt. Dies macht Sinn bei Doktorand:innen und postdocs, deren Stelle durch Drittmittel finanziert werden, ist aber stossend im Fall von "regulären" Stellen. Nachteilige Nebeneffekte beinhalten die Erschwerung einer langfristige akademische Karriereplanung und eine hohe Fluktuation des Personals und die damit einhergehende Instabilität der Lehrstühle, von Lehrgängen und Forschungsgruppen. Der signifikante Anstieg befristeter Stellen, die vor allem mit jungen Forschenden besetzt sind, geht mit dem internationalen Wettbewerb und dem generellen Anstieg der Studierenden einher. Trotz der stetigen Änderungen und Entwicklungen blieben die strukturelle Organisation der Hochschulen bisher weitgehend unverändert. Die aktuelle Diskussion um den akademischen Mittelbau ist komplex. Die Mittelbauverbände lancierten 2020

eine Petition gegen die prekären Anstellungsbedingungen an Schweizer Hochschulen mit folgenden Forderungen:

- Die Schaffung von Festanstellungen, um die strukturelle Arbeitsplatzunsicherheit zu beseitigen;
- Verbesserungen der Arbeitsbedingungen, inklusive einer angemessenen Entlohnung und Schaffung einer sicheren Arbeitsumgebung;
- Schutz der Gesundheit der Forschenden, welche durch die prekäre Beschäftigungslänge nur weiter gefährdet wird;
- Ermöglichung eines Familienlebens;
- Sicherung der wissenschaftlichen Qualität durch stabile und faire Arbeitsbedingungen;
- Einen grundsätzlichen Kurswechsel in der Anstellungspolitik und Nachwuchsförderung;
- Verstärkung der Arbeitsverhältnisse durch unbefristete Stellen für berufliche Sicherheit und Planbarkeit (<https://campaign.petition-academia.ch/launch-of-the-petition/>).

Politische Massnahmen und parlamentarische Beschlüsse

Die Verbreitung der Petition führte zu parlamentarischen Vorstössen, die bessere Arbeitsbedingungen für Doktoranden und postdocs an Schweizer Hochschulen unterstützen. Beispielsweise geht aus der Anfrage von Brandenburger bezüglich der Arbeitsbedingungen des Mittelbaus an der Universität Basel an den Regierungsrat hervor, dass der Regierungsrat die Komplexität und Herausforderungen

im Zusammenhang mit den Arbeitsbedingungen des Mittelbaus anerkennt, aber auch auf die strukturellen und finanziellen Beschränkungen innerhalb des Systems hinweist. Eine einfache Lösung für die Problematik scheint nicht in Sicht, und es wird eine Balance zwischen der Schaffung von Karrieremöglichkeiten und der Erhaltung von Nachwuchsförderung angestrebt. Aus der Petition ging hervor, dass der Nationalrat im Juni 2023 das Postulat 22.3390 zur Chancengleichheit und Förderung des akademischen Nachwuchses annahm. Der Bundesrat ist damit gefordert, die prekären Arbeitsbedingungen und die Möglichkeit zur Schaffung stabiler Stellen an Schweizer Hochschulen zu untersuchen.

Der Schweizerische Wissenschaftsrat (SWR) und die Schweizer Akademie der Geistes- und Sozialwissenschaften (SAGW) fordern schon länger eine Diversifizierung der akademischen Karrieren durch die Erweiterung von Laufbahnmöglichkeiten, die eine Festanstellung bieten. Zuletzt stellte die SAGW vier Optionen für konkrete Massnahmen zur Verbesserung der Situation vor. Darunter fallen die frühe Selektion anhand qualitativer Kriterien, eine Anpassung des Verteilungsschlüssels in der Hochschulfinanzierung, die Etablierung von Third-Space-Stellen an Universitäten und die Ausdifferenzierung akademischer Positionen in Anlehnung an angelsächsische Modelle.

Text: Johanna Potthoff, wiss. Mitarbeiterin

Impressum: swissfaculty Geschäftsstelle, c/o Prof. Dr. Monika Wicki, Oerlikonerstrasse 91, 8057 Zürich, www.swissfaculty.ch

Die jüngsten Entwicklungen, insbesondere das zweite Teilmandat der Schweizerischen Hochschulkonferenz (SHK) an swissuniversities für die projektgebundenen Beiträge 2025-2028, sind ein weiterer wichtiger Schritt in der Bemühung um die Verbesserung der Situation des akademischen Mittelbaus in der Schweiz. Diese Entwicklungen haben verschiedene relevante Aspekte:

- Verstärkte Nachwuchsförderung durch koordinierte Massnahmen auf nationaler Ebene;
- Zielgerichtete Massnahmen mit einem Budget von bis zu 20 Millionen CHF mit einem Fokus auf die Verbesserung der Karrieremodelle und Unterstützung bei Karriereübergängen;
- Fokus auf die Postdoc Phase zur Stabilisierung der Karrierewege;
- Übergreifende Koordination durch swissuniversities zur Sicherstellung einer kohärenten Herangehensweise für alle Hochschultypen.

Stellungnahme von swissfaculty

Swissfaculty beurteilt die aktuellen Herausforderungen und Diskussionen im Umfeld des akademischen Mittelbaus als dringlich und relevant, um einen Reformprozess anzustossen. Die Probleme sind am dringlichsten in den Geistes- und Sozialwissenschaften, wo viele Angehörigen des Mittelbaus zwar hochqualifiziert sind und viel Arbeit leisten, aber keinen bis wenig Einfluss haben. Andere Bereiche wie Medizin, Naturwissenschaften oder Ingenieurwesen sind mit ähnlichen Fragen konfrontiert. Die vier Optionen der SAGW zeigen den Weg zu machbaren Reformen. Koordinierte Änderungen in der Anstellungspolitik und -praxis der Hochschulen ist ebenfalls ein dringliches Anliegen. Dies schliesst auch die Förderung sinnvoller Laufbahnpläne ein.

Die Hochschulpolitik auf der Ebene des Bundes hat sich bisher vor allem dafür eingesetzt, vermehrt Assistenzprofessuren zu schaffen und damit den Übergang vom Mittelbau in die höhere Stufe zu erleichtern. Die Nachwuchsförderung wird in den kommenden Jahren auf die postdoc Phase nach dem Erreichen des Doktorats ausgeweitet. Dies sind Schritte in die richtige Richtung, aber ohne Neufinanzierung oder eine Anpassung des Verteilungsschlüssels sind die nachhaltigen Reformen eingeschränkt.

Swissfaculty betont die Bedeutung fairer Arbeitsbedingungen für ein gutes Arbeitsklima und die Attraktivität des wissenschaftlichen Sektors. Es ist wichtig, dass die Universitäten und Hochschulen diesbezüglich handeln, um den akademischen Mittelbau langfristig zu stärken und hochqualifizierte Mitarbeitende zu halten.

Internationale Mobilität

Staatssekretärin Martina Hirayama nahm Ende Februar/ Anfang März an einem Treffen der EU-Ministerinnen und -Minister für Hochschulbildung in Brüssel teil, bei dem vorrangig die Förderung der internationalen Mobilität in der Hochschulbildung diskutiert wurde.

Die Diskussionen konzentrierten sich darauf, welche Erfahrungen die teilnehmenden Länder bisher mit der Förderung der grenzüberschreitenden Mobilität sammeln konnten und wie eine verstärkte Zusammenarbeit auf europäischer Ebene in diesem Bereich aussehen könnte. Ziel ist es, einen europäischen Bildungsraum zu etablieren, der die Entwicklung individueller Kompetenzen fördert und die Qualität der Bildungsangebote verbessert. Durch die Vermittlung transversaler und erweiterter fachlicher Fähigkeiten im Rahmen von Mobilitätsaktivitäten soll auch der Fachkräftemangel und die Bewältigung des digitalen und grünen Wandels in Europa angegangen werden.

Für die Schweiz ist die internationale Mobilität und Kooperation im Hochschulbereich von grosser Bedeutung. Staatssekretärin Hirayama betonte die Notwendigkeit, die Mobilitätsquote von internationalen Studierenden zu verbessern, und sieht grenzüberschreitende Kooperationen als einen Weg, dies zu erreichen. Die Schweiz strebt eine Assoziierung mit dem europäischen Bildungsprogramm Erasmus+ an, um die Zusammenarbeit mit anderen Ländern zu intensivieren und die Entwicklung des europäischen Bildungsraums mitzugestalten.

Verhandlungen EU Horizon-Paket

Bundespräsidentin Viola Amherd und EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eröffneten am 15.03.2024 die offiziellen Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU in Brüssel. Die Gespräche umfassten nicht nur die bilateralen Beziehungen, sondern auch geo- und sicherheitspolitische Herausforderungen für Europa. Das Verhandlungspaket zielt darauf ab, den Zugang zum EU-Binnenmarkt zu erleichtern und bestehende

Abkommen zu aktualisieren. Die Schweiz betont dabei den Schutz des Lohnniveaus und eine arbeitsmarktorientierte Zuwanderung. Weitere Themen waren Sicherheit, Migration und Frieden.

Mit dem Inkrafttreten der Übergangsregelung bezüglich Horizon Europe für das Jahr 2024 können Forschende in der Schweiz an den Ausschreibungen für die ERC Advanced Grants 2024 des Europäischen Forschungsrats teilnehmen. Eine nächste Phase dieser Übergangsregelung sieht die Teilnahme von Schweizer Innovationsakteuren und allen Ausschreibungen von Horizon Europe und Euratom an dem Programmjahr 2025 vor. Hierfür muss jedoch der Abschluss der Verhandlungen zur Assoziierung an das Horizon-Paket 2021-2027 abgewartet werden. Bis zum Inkrafttreten eines Assoziierungsabkommens wird die Finanzierung der Schweizer Beteiligungen weiterhin durch den Bund geleistet.

Movetia Gesetz

Nach gründlicher Prüfung des Movetia-Gesetzes empfahl die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Ständerates (WBK-S) die Ablehnung, da sie den aktuellen Status quo als effektiver einschätzt als die vorgeschlagenen Änderungen. Sie stellt sich damit gegen die Ansicht der Eidgenössischen Finanzkontrolle, dass die Umwandlung der nationalen Agentur zur Förderung von Austausch und Mobilität in eine öffentlich-rechtliche Stiftung nötig sei. Einige Mitglieder der Kommission schlugen vor, die Beratung auszusetzen, um offene Fragen bezüglich Erasmus zu klären.

Die Kommission lehnt die Schaffung einer öffentlich-rechtlichen Institution des Bundes ab, da dies zu einer Reduzierung der Verantwortung der Kantone führen würde. Sie plädiert stattdessen für eine ausgewogene Einbeziehung der Kantone aufgrund ihrer zentralen Rolle im Bildungsbereich. Zudem warnt die Kommission vor übermäßigen Umstrukturierungen und hebt die Notwendigkeit einer unabhängigen Organisation für eine mögliche Assoziierung mit Erasmus hervor. Abschließend betrachtet die Kommission die vorgeschlagene Reform als potenziellen Rückschritt und empfiehlt, nicht auf die Vorlage einzugehen, während die Minderheit eine Aussetzung der Diskussion mit Blick auf die Erasmus-Thematik bevorzugt.

Da die Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur des Nationalrates (WBK-N) nun aber auf die Gesetzesrevision eingetreten ist, werden weitere Detailberatungen folgen.

L'avenir du corps in- termédiaire académique : défis et perspectives

L'élément central de la structure des hautes écoles suisses est le corps professoral, qui concentre une grande partie du pouvoir et des ressources et il est globalement dominant dans le système. Cette superstructure se voit de plus en plus confrontée aux revendications du corps académique intermédiaire, composé des collaborateurs/trices ayant une activité d'enseignement et/ou de recherche. Ce rapport donne un aperçu de la situation actuelle et commente les débats du point de vue des enseignant-e-s.

Les conditions de travail précaires : une situation complexe

La majorité du personnel scientifique (environ 80%), appartient au corps intermédiaire académique, ce qui représente environ 40'000 scientifiques. Ce groupe est en grande partie engagé pour une durée déterminée. Cela a du sens pour les doctorants et les post-doctorants dont le poste est financé par des fonds tiers, mais cette situation est choquante dans le cas des postes "réguliers". Ceci a pour conséquence négative une difficulté de planifier à long terme une carrière académique, ainsi qu'une forte fluctuation du personnel, elle-même entraînant une instabilité des chaires, des programmes d'enseignement et des groupes de recherche. L'augmentation significative du nombre de postes à durée déterminée, occupés principalement par de jeunes chercheur-e-s, va de pair avec la concurrence internationale et l'augmentation générale du nombre d'étudiant-e-s. Malgré les changements et les évolutions constants, l'organisation structurelle des hautes écoles est restée largement inchangée jusqu'à présent.

Le débat actuel sur le corps intermédiaire académique est complexe. En 2020, les associations du corps intermédiaire ont lancé une pétition contre la précarité des conditions d'emploi dans les hautes écoles suisses, avec les revendications suivantes :

- La création d'emplois stables afin d'éliminer l'insécurité structurelle de l'emploi ;
- De meilleures conditions de travail, y compris une rémunération adéquate et la création d'un environnement de travail sûr ;
- La protection de la santé des chercheurs, menacée par la durée précaire des emplois ;
- Rendre possible une vie de famille ;
- Garantir la qualité scientifique grâce à des conditions de travail stables et équitables ;
- Un changement de cap fondamental en matière de politique d'embauche et de promotion de la relève ;
- La stabilisation des relations de travail par la création de postes à durée indéterminée, afin de garantir la sécurité et la prévisibilité professionnelles (<https://campaign.petition-academia.ch/launch-of-the-petition/>).

Mesures politiques et décisions parlementaires

La diffusion de la pétition a entraîné des interventions parlementaires en faveur de meilleures conditions de travail pour les doctorantes et les post-doctorantes dans

les universités suisses. Par exemple, il ressort de la question posée par Mme Brandenburger au Conseil d'État au sujet des conditions de travail du corps intermédiaire de l'Université de Bâle que le Conseil d'État reconnaît la complexité et les défis liés aux conditions de travail du corps intermédiaire, mais qu'il souligne également les restrictions structurelles et financières au sein du système. Il ne semble pas y avoir de solution simple à ce problème et il convient de trouver un équilibre entre la création de possibilités de carrière et le maintien de l'encouragement de la relève. Il ressortait de la pétition que le Conseil national avait transmis en juin 2023 le postulat 22.3390 pour l'égalité des chances et le soutien de la relève scientifique. Le Conseil fédéral est ainsi appelé à examiner la précarité des conditions de travail et la possibilité de créer des postes stables dans les hautes écoles suisses.

Le Conseil suisse de la science (CSS) et l'Académie suisse des sciences humaines et sociales (ASSH) réclament depuis longtemps une diversification des carrières académiques grâce à l'élargissement des possibilités de carrière offrant un emploi fixe. Plus récemment, l'ASSH a présenté quatre options de mesures concrètes visant à améliorer la situation. Il s'agit notamment d'effectuer une sélection précoce sur la base de critères qualitatifs, d'adapter la clé de répartition dans le financement des hautes écoles, d'établir des postes de troisième espace (« third space ») dans les universités et de diversifier les postes académiques en s'inspirant des modèles anglo-saxons.

Texte: Johanna Potthoff, assistante scientifique de swissfaculty

Les évolutions actuelles et leur importance pour le corps intermédiaire académique

Les évolutions récentes, en particulier le deuxième mandat partiel de la Conférence suisse des hautes écoles (CSHE) attribué à swissuniversities pour les contributions liées aux projets 2025-2028, constituent une nouvelle étape importante dans le cadre des efforts déployés pour améliorer la situation du corps intermédiaire académique en Suisse. Ces évolutions ont différents aspects pertinents :

- Le renforcement de la promotion de la relève grâce à des mesures coordonnées au niveau national ;
- Des mesures ciblées, axées sur l'amélioration des modèles de carrière et l'aide en matière de changements de carrière avec un budget allant jusqu'à 20 millions de CHF ;
- Une focalisation sur la phase postdoctorale afin de stabiliser les parcours professionnels ;
- Une coordination transversale assurée par swissuniversities visant à garantir une approche cohérente pour tous les types de hautes écoles.

Prise de position de swissfaculty

Swissfaculty estime que les défis et les discussions actuels dans l'environnement du corps intermédiaire académique sont suffisamment urgents et pertinents pour initier une réforme.

La situation est particulièrement problématique dans les sciences humaines et sociales, où de nombreux membres du corps intermédiaire, hautement qualifiés et fournissant un travail important, n'ont que peu ou pas d'influence. D'autres domaines comme la médecine, les sciences naturelles ou l'ingénierie sont confrontés à des situations similaires. Les quatre options de l'ASSH proposent des voies vers des réformes réalisables. Il est également urgent de coordonner les changements de politique et de pratique d'embauche des hautes écoles. Cela inclut également la promotion de plans de carrière judicieux.

Jusqu'à présent, la politique des hautes écoles au niveau de la Confédération s'est surtout engagée à créer davantage de postes de professeur-e-s assistant-e-s et à faciliter ainsi le passage du corps intermédiaire à l'échelon supérieur. Dans les années à venir, l'encouragement de la relève sera étendu à la phase postdoctorale, après l'obtention du doctorat.

Actualités en provenance des conseils

Ce sont certes des pas dans la bonne direction, mais sans un nouveau financement ou une adaptation des clés de répartition, des résultats durables ne seront pas garantis.

Mobilité internationale

La secrétaire d'État Martina Hirayama a participé fin février/début mars à une réunion des ministres européens de l'enseignement supérieur à Bruxelles, réunion au cours de laquelle les discussions ont surtout porté sur la promotion de la mobilité internationale dans l'enseignement supérieur.

Les discussions se sont concentrées sur les expériences acquises jusqu'à présent par les pays participants en matière de promotion de la mobilité transfrontalière et sur la forme que pourrait prendre une coopération renforcée au niveau européen dans ce domaine. L'objectif est d'établir un espace éducatif européen favorisant le développement des compétences individuelles et améliorant la qualité des offres éducatives. Les compétences professionnelles transversales et élargies acquises dans le cadre des activités de mobilité permettront également de faire face à la pénurie de main-d'œuvre qualifiée et à la gestion de la transition numérique et verte en Europe.

La mobilité internationale et la coopération dans le domaine des hautes écoles revêtent une grande importance pour la Suisse. La secrétaire d'État Martina Hirayama a souligné la nécessité d'améliorer le taux de mobilité des étudiants internationaux et estime que la coopération transfrontalière est un moyen d'y parvenir. La Suisse souhaite s'associer au programme européen d'éducation Erasmus+ afin d'intensifier la coopération avec d'autres pays et de participer au développement de l'espace éducatif européen.

Négociations du paquet Horizon UE

La présidente de la Confédération Viola Amherd et la présidente de la Commission européenne Ursula von der Leyen ont ouvert les négociations officielles entre la Suisse et l'UE à Bruxelles le 15/03/2024. Les entretiens portaient non seulement sur les relations bilatérales, mais aussi sur les défis géopolitiques et de sécurité pour l'Europe. L'objectif du paquet de négociations est de faciliter l'accès au marché intérieur de l'UE et de mettre à jour les accords existants. La Suisse met ainsi l'accent sur la protection

du niveau des salaires et sur une immigration orientée vers le marché du travail. Parmi les autres sujets figuraient la sécurité, la migration et la paix. Avec l'entrée en vigueur de la réglementation transitoire concernant Horizon Europe pour l'année 2024, les chercheurs de Suisse peuvent participer aux appels d'offres pour les ERC Advanced Grants 2024 du Conseil Européen de la Recherche. Dans une prochaine phase, cette disposition transitoire prévoit la participation des acteurs suisses de l'innovation et de tous les appels d'offres d'Horizon Europe et d'Euratom à l'année de programme 2025. Pour ce faire, il faut toutefois attendre la fin des négociations relatives à l'association au paquet Horizon 2021-2027. D'ici à l'entrée en vigueur d'un accord d'association, le financement des participations suisses continuera d'être assuré par la Confédération.

Loi Movetia

Après un examen approfondi de la loi Movetia, la Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil des États (CSEC-E) a recommandé son rejet, estimant que le statu quo actuel était plus efficace que les modifications proposées. Elle s'oppose ainsi à l'avis du Contrôle fédéral des finances, selon lequel il est nécessaire de transformer l'Agence nationale pour la promotion des échanges et de la mobilité en une fondation de droit public. Certains membres de la Commission proposent de suspendre la discussion afin de clarifier les questions ouvertes concernant Erasmus.

La commission s'oppose à la création d'une institution fédérale de droit public, car cela conduirait à réduire la responsabilité des cantons. Elle plaide plutôt en faveur d'une participation équilibrée des cantons en raison de leur rôle central dans le domaine de l'éducation. En outre, la Commission met en garde contre des restructurations excessives et souligne la nécessité d'une organisation indépendante pour une éventuelle association avec Erasmus. En conclusion, la commission considère dans sa majorité la réforme proposée comme une régression potentielle et recommande de ne pas donner suite au projet, tandis qu'une minorité préfère suspendre la discussion au regard du sujet « Erasmus ».

La Commission de la science, de l'éducation et de la culture du Conseil national (CSEC-N) est entrée en matière et d'autres discussions détaillées suivront.